

Ernährung und Versorgung.

Das neue Budapester Fleischregime.

Ein Fleisch-Großkartell. — Maximierung von Lebendvieh. — Das Problem der Drückung der Fleischpreise.

In Budapest steht die Regelung der Fleischversorgung bevor. Es soll ein neues System der Fleischabfuhr und der Verteilung der Vorräte verwirklicht werden, bei dem eine Herabsetzung der heutigen Phantasiereise ermöglicht wird. Das Problem der Fleischversorgung Budapests liegt in der Preisfrage. Preise wie 22—24 Kronen für 1 Kilogramm Rindfleisch und 20—22 Kronen für Suppenfleisch sind ein Übel, die eine auf die Interessen der Konsumenten bedachte Ernährungspolitik, mag sie nun im Landes-Ernährungsamt oder im Stadthaus scheitern, nicht dulden darf. Mag das Wiener Fleischsystem im Auge des Budapesters den Nachteil haben, daß der wöchentliche Fleischbezug 20 Dekagramm pro Woche nicht übersteigen darf, die Beschickung des dortigen Viehmarktes ist zu ungenügend, um eine Erhöhung dieser Ration durchzuführen, so ist doch dem Konsumenten die Gewissheit geboten, daß er Fleisch der sogenannten Einheitsgattung zum Preise zwischen 7 und 8 Kronen das Kilogramm erhalten kann. Dieser Preis kann von dem Verbraucher noch erschwungen werden.

Die Preisfrage ist es, die bei den Budapestern Verhältnissen besonders ins Gewicht fällt. Alle Notmaßnahmen müssen hier versagen, wenn nicht das Uebel an der Wurzel erfaßt wird: bei der Maximierung der Lebendviehpreise, die bereits bis 9 Kronen 50 Heller für das Kilogramm gestiegen sind. Wir haben über die Fleischfrage bereits ausgeführt, daß eine allgemeine Maximierung der Preise für Lebendvieh nicht recht gut ohne Schädigung der landwirtschaftlichen Interessen durchgeführt werden kann. Das Landes-Ernährungsamt verfügt aber über die Machtmittel, das für Budapest und die Provinzstädte nötige Vieh zu Höchstpreisen zu requirieren, wie dies die Vieh- und Futtermittel-Verkehrs-A.G. für die Armee besorgt.

An diese Voraussetzung knüpft sich die Fleischaktion an, die der Staatssekretär im Ernährungsamt Dr. Franz Nagy in Budapest verwirklichen will. Wohl in beschränktem Maße, die Provinzstädte werden ausgeschlossen, sollen zur Deckung eines Teiles des Fleischbedarfs von Budapest wöchentlich 1200 beschlagnahmte Rinder von der Vieh- und Futtermittel-Verkehrs-A.G. zur Verfügung gestellt werden. Der weitere Teil des Dr. Nagyschen Fleischversorgungsplanes birgt ernste Gefahren in sich. Was da verwirklicht werden soll, ist eine Vertrustung des Viehhandels und Fleischgewerbes, die man in der neuen Sprache der Kriegswirtschaft zentrale Schlachtung nennt.

Zur Fleischversorgung Budapests wird eine Zentrale gegründet, der das Ackerbauministerium, die Vieh- und Futtermittel-Verkehrs-A.G., der kommunale

Lebensmittelbetrieb der Hauptstadt, die Budapester Fleischhandels-A.G., die Budapester Großschlächter-A.G. und die Allgemeine Konsumgenossenschaft der Sozialdemokraten angehören werden. Außerdem dürfen sich auch die Fleischauger an der Neugründung beteiligen. Die Konsumgenossenschaften der öffentlichen Beamten, die Wirtschaftsvereine der Hausfrauen, der Landesverband der Konsumenten und die Vertretungen der Fixbesoldeten und des Mittelstandes sind also von vorneherein aus der Zentrale ausgeschlossen und können daher keine Kontrolle üben. Es ist ganz verständlich, weshalb ein Fleisch-Großkartell, das auf dem Budapester Markt die Preise diktiert, geschaffen werden muß. Die Bevölkerung hat sehr traurige Erfahrungen mit den Wohlfahrtszentralen im Kriege gemacht; die Truistwirtschaft gehört zu den vielen Kriegsfolgen, unter denen die Verbraucher leiden. Die Sozialdemokraten, auf die Staatssekretär Dr. Nagy mehr als auf den Bürgerstand gibt, machen mit, weil ihnen da etwas von ihrem Staatssozialismus verwirklicht scheint.

Um wieviel gerader, einfacher und mit weniger Kosten verbunden wäre die Lösung des Problems, wenn bei dem Falllassen des Fleisch-Großkartells einfach die bisherige Form der Fleischverarbeitung beibehalten würde. Den Großschlächtern und Fleischaugern ist das maximierte Lebendvieh zu überlassen, die Preise für das von ihnen ausgeschrotene Fleisch sind behördlich festzustellen und die Kontrolle, ob sie das billige Einheitsfleisch auch in Verkehr bringen, durch Fleischverkaufsscheine durchzuführen. Wie eingangs gesagt, basiert die Frage der Fleischversorgung auf dem Punkt, daß die Preise billiger werden; Zentralen haben sich bisher noch nicht als preisdrückend erwiesen.